

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Es war eine ereignisreiche Woche in Berlin. Nach monatelangem Streit platzte die Ampelkoalition. Zum dritten Mal nach 1982 und 2005 ist damit eine SPD-geführte Bundesregierung vor der Zeit gescheitert. Das Land steht jetzt ohne eine handlungsfähige Regierung da. Rasche Neuwahlen wären dringend nötig.

Doch der Bundeskanzler weigert sich, den Weg freizumachen. Er will erst einmal Rot-Grün weitermachen – ohne Mehrheit im Bundestag - und fordert von CDU und CSU sogar ein, sie sollen seinen Gesetzentwürfen vorher erst noch zustimmen. Erst dann - im Januar des nächsten Jahres – will er den Weg freimachen.

Doch Deutschland braucht keine weitere Hängepartie. Deutschland braucht rasch eine handlungsfähige Regierung. Menschen und Unternehmen brauchen Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Scholz kann beides nicht mehr bieten. Er hat abgewirtschaftet.

Deshalb muss der Bundeskanzler die Vertrauensfrage stellen – JETZT! Die Entscheidung gehört jetzt in die Hände der

Wählerinnen und Wähler. Aber Scholz klebt am Amt – verhindert den dringend notwendigen Kurswechsel.

CDU und CSU haben seit mehr als einem Jahr klargemacht, was nötig ist. Die Beratungen darüber hat die Ampel immer wieder verschleppt. Vieles davon fand sich jetzt im Papier des Finanzministers wieder. Zwei Wochen zuvor allerdings hatte er im Bundestag noch geschlossen gegen diese Konzepte gestimmt. In dieser Woche unternahmen CDU und CSU dann einen weiteren Vorstoß. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Steuern und Abgaben müssen runter, die Energiepreise gesenkt und die Bürokratie abgebaut werden. Unser Land muss vom rot-grünen-gelben Mehltau und von zwei Jahren Rezession befreit werden. Jeder weitere Tag rot-grünen Verzögerns ist jetzt ein Tag zu viel.

Deutschland braucht einen Neustart – das geht nur über schnelle Neuwahlen. Damit es wieder aufwärts geht mit Deutschland.

Ich wünsche Ihnen trotz allem eine gute Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters!

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

CDU/CSU legen Katalog für Aufschwung vor



Anhaltende Pleitewelle, Arbeitsplatzverluste und eine schlechte Stimmungslage in der Wirtschaft: Deutschland steckt seit zwei Jahren in einer anhaltenden Rezession. CDU und CSU haben in dieser Woche einen 16 Punkte umfassenden [Maßnahmenkatalog](#) eingebracht, um die Insolvenzwelle zu stoppen und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen.

Als zentralen ersten Schritt sieht das Paket ein Belastungsmoratorium vor. Ferner braucht es den Wechsel von einer auf staatlicher Lenkung beruhenden sogenannten „transformativen Wirtschaftspolitik“ hin zu einer Wirtschaftspolitik, die auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet ist.

Weitere Eckpunkte sind die Senkung der Energiekosten durch Reduzierung der Stromsteuern auf europäisches Mindestniveau sowie der Netzentgelte. Dafür sollen die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung genutzt werden. Ergänzt werden soll dies durch Wasserstoffpartnerschaften und -abkommen mit anderen Ländern.

Ferner sollen die Unternehmenssteuern auf einbehaltene Gewinne schrittweise auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von höchstens 25 Prozent gesenkt. Weitere Maßnahmen sind die Begrenzung der Sozialabgaben auf 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns, eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und eine neue soziale Grundsicherung anstelle des Bürgergeldes. Außerdem ist ein Bürokratieabbau vorgesehen, darunter auch eine Aufhebung des nationalen Lieferkettengesetzes. Ferner mahnen CDU/CSU verstärkte Anstrengungen zum Abschluss von Freihandelsverträgen und Rohstoffabkommen an.

Die Zahl der Firmenpleiten stieg im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum um knapp 25 Prozent. Für September meldete das Institut für Wirtschaftsforschung Halle sogar ein Plus von 28 Prozent und für das 3. Quartal die höchste Zahl von Firmenpleiten seit 14 Jahren. Betroffen sind rund 135.000 Arbeitsplätze. Hinzu kommt ein massiver Arbeitsplatzabbau in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft. Die wirtschaftliche Stimmungslage ist pessimistischer als auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie.



Sebastian Brehm:

„Deutschland büßt im
Rekordtempo
Wettbewerbsfähigkeit ein.
Immer mehr Firmen gehen

unter den Belastungen die Luft aus. Dazu kommt die Abwanderung ganzer Produktionsbereiche. Die Verantwortung dafür trägt die Regierung Scholz. Wir brauchen einen klaren Kurswechsel, um auf einen Wachstumspfad zurückzukehren.“

Konsequente Extremismusbekämpfung abgelehnt



Die Forderung von CDU und CSU nach einer konsequenten Extremismusbekämpfung ist von SPD, Grünen und FDP abgelehnt worden. Bereits im Mai 2022 hatte die CDU/CSU-Fraktion den Antrag in den Bundestag eingebracht. Seither hatte die alte Ampelkoalition eine abschließende Beratung immer wieder blockiert.

CDU und CSU hatten von der Bundesregierung gefordert, vor allem die umfangreichen Strukturermittlungsverfahren im Bereich Rechtsextremismus mit ausreichend Personal und Ressourcen zu unterstützen. Außerdem wurde ein entschiedeneres Vorgehen gegen den islamistischen Terrorismus und den militanten Linksextremismus verlangt. Bei der Verfolgung und Beweissicherung im Kampf gegen Extremismus sollte auch die Online-Durchsuchung von Computern und anderen Endgeräten genutzt werden. Auch sollten die rechtlichen und technischen Möglichkeiten geschaffen werden, die Kommunikation von Terrorverdächtigen in Echtzeit mitlesen zu können.



Sebastian Brehm: „Es ist fahrlässig, die rechtlichen und technischen Möglichkeiten bei der Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus

nicht umfassend zu nutzen. Das gefährdet unsere eigene Sicherheit. Internationale Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung ist gut und wichtig. Problematisch aber ist, wenn es immer wieder ausländische Partner sind, die die Informationen über Gefährdungen liefern. Wir müssen selbst in der Lage sein, konkrete Bedrohungen zu erkennen.“

Zwiespältiges Verhältnis zu DDR-Erforschung



Auch 35 Jahre nach dem Fall der Mauer gibt es noch erhebliche Lücken in der wissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Eine 2018 aufgelegte Förderung von Forschungsvorhaben läuft Ende 2025 aus. Die Forderung von CDU und CSU, die Förderung über 2025 hinaus fortzuführen und damit Planungssicherheit für die Wissenschaftler zu schaffen, stößt aber bei SPD, Grünen und FDP auf Ablehnung.

Dabei offenbarte sich ein merkwürdiges Verhältnis der drei Fraktionen zur DDR-

Forschung. Sie beteuerten, wie wichtig diese Forschung ist, wollten aber die Regierung nicht festlegen. Das könnte das Aus für viele Forschungsgruppen bedeuten, wie Aussagen aus dem Wissenschaftsministerium befürchten lassen. Es werde keine Förderlücke geben, beteuerte man dort. Der Grund: Es gehe ohnehin nur um neue Projekte und nicht um die Verlängerung bestehender Projekte. Zudem soll künftig der Schwerpunkt auf Transfers und Vermittlung liegen. Damit aber wäre die Forschung außen vor. Und für das Ganze sollen nur zwölf Millionen Euro zur Verfügung stehen.



Sebastian Brehm: „**Angesichts der Verklärungsversuche ist es von großer Bedeutung, Geschichte und Strukturen des SED-Unrechtsstaates**

offenzulegen. SPD, Grüne und FDP aber geben beim Thema DDR-Forschung ein peinliches Bild ab. CDU/CSU stehen für ein klares Bekenntnis zur DDR-Forschung. Denn wenn die Erinnerung verblasst, hat das Unrecht gewonnen.“

Regier Besuch am Brehm.mobil



Mit meinem Brehm.mobil habe ich am Dutzendteich Halt gemacht. Danke für das rege Interesse an meiner mobilen Sprechstunde. Dieser direkte Kontakt ist mir sehr wichtig.



Diesmal gab es auch besondere Gäste: Ein Team des Bayerischen Fernsehens nutzte den Termin für ein Interview zur jüngsten Steuerschätzung. Diese jüngste Steuerschätzung ist ein verheerendes Urteil über die Politik der bisherigen Ampelkoalition. In der Staatskasse ist immer weniger Geld, weil es mit der Wirtschaft bergab geht. Der Bundeshaushalt braucht jetzt endlich Ehrlichkeit, eine klare Prioritätensetzung und eine Orientierung am Machbaren.

Jubiläum bei den Siebenbürger Sachsen



Mit einem großen Festakt hat der Landesverband Bayern der Siebenbürger Sachsen in der Meistersingerhalle sein 75-jähriges Bestehen gefeiert. Ganz besonders hat es mich gefreut, die rumänische Kulturministerin Raluca Turcan kennenzulernen. Vielen Dank für die Einladung!

Die über 1.000 anwesenden Mitglieder der Landsmannschaft können stolz auf das Erreichte sein. Ohne die Aussiedler und Spätaussiedler hätte Deutschland das Nachkriegswachstum nie geschafft. Danke für die unglaublich wertvolle Leistung unserer Deutschen aus Siebenbürgen!

Jubiläen bei der Senioren-Union



Grund zum Feiern gab es in der Nürnberger Senioren-Union. Ich durfte Dr. Otto Reiser, langjähriger Präsident des Landesarbeitsgerichts und Träger des Bayerischen Verdienstordens, für seine 70-jährige Mitgliedschaft in der CSU ehren. Herzlichen Glückwunsch! Ordentlich gefeiert wurde auch das 25-jährige Jubiläum des Kreisverbandes Nürnberg-Ost der Senioren-Union. Seit 1999 setzt sich die Senioren-Union für eine seniorengerechte Politik in ganz Bayern ein. Herzlichen Dank dafür.

Wiedergewählt



Die Mittelstands-Union (MU) der CSU hat mich auf ihrer Landesversammlung am 26. Oktober für weitere zwei Jahre als Vorsitzenden bestätigt. 99,16 Prozent waren ein beeindruckendes Zeichen der Geschlossenheit, das ich mit großer Dankbarkeit und Freude, aber auch Demut zur Kenntnis genommen habe. Kernpunkt der Debatte: eine Agenda 2030 für einen raschen und radikalen Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zur Überwindung der seit zwei Jahren anhaltenden Rezession. Wir müssen zurück zur Sozialen Marktwirtschaft.

Auf der Landesversammlung konnten wir auch unseren CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Markus Söder und die Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU Gitta Connemann, begrüßen. Der CSU-Vorsitzende unterstützte die Forderungen der MU. Er forderte ein neues Leistungsbekenntnis, eine neue Leistungskultur und Unterstützung für die, die leisten wollen.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.